



<b>ÄNDERUNGSANTRAG</b>		Vorlage Nr.:	<b>2017/0606</b>	
Stadtrat Friedemann Kalmbach (GfK) Stadtrat Eduardo Mossuto (GfK)				
<b>Badisches Staatstheater – Sanierung und Erweiterung</b>				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>26.09.2017</b>	<b>13.1</b>		

1. Die Verwaltung ermittelt ein Worst-Case und ein Best-Case Szenario nach den Kriterien eines vorsichtigen Kaufmanns, wie es im HGB definiert ist, die maximale Obergrenze der Gesamtbaukosten.
2. Die Verwaltung stellt die Höhe von Umplanungskosten dar, die nötig sind, wenn Positionen der Einsparungsliste umgesetzt werden.
3. Die Verwaltung stellt dar, welche Auswirkungen die Investitionen beim Badischen Staatstheater auf Investitionen anderer, zukünftiger städtischer Bauprojekte hat. Konkret legt sie dem Gemeinderat eine Vorschlagsliste der zu schiebenden bzw. zu streichenden Projekte der mittelfristigen Finanzplanung vor.
4. Die Abstimmung über die Beschlussvorlage „Badisches Staatstheater – Sanierung und Erweiterung“ wird bis zur Vorlage obiger Punkte (Punkte 1-3), sowie einem Bürgerbeteiligungsprozess verschoben.

## Begründung

Die vorgelegte Beschlussvorlage zur Sanierung und Erweiterung des Badischen Staatstheaters stellt den Karlsruher Gemeinderat vor schwierige Entscheidungen mit weitreichenden Folgen für die Zukunft der Stadt. Eine Investition in solch einer Größenordnung, wie sie jetzt dargestellt wird, bedarf einem konsequenten Sparwillen, nicht nur bei der Umsetzung sondern auch bei dem Umgang mit zukünftigen städtischen Projekten. Zumal Gemeinsam für Karlsruhe davon ausgeht, dass die angegebene Vollkostensumme weitere Steigerungen erfahren wird.

Im Falle einer Sanierung und Erweiterung nach Beschlussvorlage, stehen der Stadt finanziell noch schwierigere Jahre bevor.

In Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt sollten vor einer Abstimmung konsequent die maximal entstehenden Kosten in einem Worst-Case Szenario, dargestellt werden. Des Weiteren sollten Einsparpotentiale, und deren Umplanungskosten, transparent dargestellt werden um auf diese eingehen zu können. Die Angabe, dass bei Umplanung hohe Umplanungskosten entstehen würden, ist keine qualitativ nachprüfbare Aussage.

Eine Sanierung und Erweiterung des Badischen Staatstheaters ist zwar nötig, aber nicht um jeden Preis – von daher müssen Abstriche bei der Ausgestaltung gemacht werden. Es ist denkbar zu prüfen, welche Teile des Theaters erst später fertig ausgebaut, bzw. in dem gewünschten Standard fertiggestellt werden können.

Die Stadträte von Gemeinsam für Karlsruhe raten von einer Zustimmung zur Verwaltungsvorlage ab.

unterzeichnet von:  
Friedemann Kalmbach  
Eduardo Mossuto